

**N I E D E R S C H R I F T**

(öffentlicher Teil)

Sondersitzung des Hauptausschusses - Haushaltsberatung (gemeinsam mit dem Bauausschuss)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.09.2023
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:09 Uhr
Sitzungsort:	Bürgerschaftssaal, Rathaus, 23552 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch - CDU Fraktionsvorsitzender	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Michelle Akyurt - CDU	
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	
Thorsten Fürter - FDP Fraktionsvorsitzender	
Dirk Groß - AfD Fraktionsvorsitzender	
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Juleka Schulte-Ostermann - LINKE & GAL	
Mandy Siegenbrink - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzende	
Bernhard Simon - CDU	
Tim Stüttgen - Unabhängige Volt-PARTEI	
Gregor Voht - SPD & FW	
Lothar Möller - BfL (fraktionslos)	
Stellvertreter:in	
Renate Prüß - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Peter Petereit Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender
Kristin Blankenburg - SPD & FW	Vertretung für: Frau Tamina Vahlen- dieck Stellvertr. Fraktionsvorsitzende
Stefan Krause - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Dr. Marek Lengen - SPD & FW	Vertretung für: Herrn Frank Zahn
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Beirat für Senior:innen	
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	

Klaudia Kohlfaerber - SPD & FW	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Julian Lange - SPD & FW	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Thomas Markus Leber - FDP	
Sascha Luetkens - LINKE & GAL	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Jochen Mauritz - CDU	Teilnahme als Vorsitzender des Bauausschusses
Ruben Meyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Ulrich Pluschkell - SPD & FW	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Holger Schöler - SPD & FW	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Jörg Sellerbeck - CDU	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Barbara Steffen - CDU	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Detlev Stolzenberg - Unabhängige Volt-PARTEI Fraktionsvorsitzender	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Dan Teschner - FDP	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Stephan Wisotzki - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Teilnahme als Mitglied des Bauausschusses
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Kristin Gercke - 3.030 - Fachbereichscontrolling	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Janika Köhler - Persönliche Referentin	
Wieland Kuhn - 5.060 Fachbereichscontrolling	
Ralf Kuschmierz - 2.020 FBC	
Thomas Manke - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Anna Pristaff - 5.060 FBC	
Markus Toll - 5.060 Fachbereichscontrolling	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	
Aiko Wagner - 4.040 FBC	
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	
Protokollführung	
Antje Luck - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Wilk Wendorff -	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	

Peter Petereit - SPD & FW Erster Stellvertr. Stadtpräsident und Fraktionsvorsitzender	entschuldigt
Tamina Vahlendieck - SPD & FW Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	entschuldigt
Frank Zahn - SPD & FW	entschuldigt
Andreas Zander - CDU	entschuldigt
Verwaltung	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
4	Berichte	
4.1	Konzept "Fahrradfreundliches Lübeck" von 2013 (VO/2013/00307) Sachstand	VO/2022/11235
4.2	Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck	VO/2023/12397
4.3	Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck	VO/2023/12440
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2024	VO/2023/12437
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende schlägt vor, alle Tagesordnungspunkte gemeinsam mit dem Bauausschuss zu beraten.

Der Hauptausschuss und der Bauausschuss sind mit diesem Vorgehen einstimmig einverstanden.

Der Vorsitzende beantragt, die Beratung des Tagesordnungspunktes 5.1 vorzuziehen und Tagesordnungspunkte 4.2 und 4.3 zu vertagen.

Der Hauptausschuss stimmt dem jeweils einstimmig zu.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden werden keine weiteren Änderungswünsche zur Tagesordnung vorgetragen.

Der Hauptausschuss stellt damit die Tagesordnung einstimmig fest.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift
--

Es liegt nichts vor.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen
--

Es liegt nichts vor.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Konzept "Fahrradfreundliches Lübeck" von 2013 (VO/2013/00307) Sachstand
--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden zu Anlage 3 Maßnahme Nr. 113 „Kirschenallee“ wird Frau Senatorin Hagen die Information nachreichen, warum diese Maßnahme derzeit nicht bearbeitet wird.

Eine Frage von AM Dr. Flasbarth zur weiteren Planung im Bereich des Lindentellers beantwortet Senatorin Hagen.

Auf Nachfrage von AM Stolzenberg berichtet Senatorin Hagen zu den Ursachen von Verkehrsunfällen unter Beteiligung von Radfahrenden und geht auf die Maßnahmen der Verwaltung zur Unfallreduzierung ein.

Dazu sprechen AM Dr. Flasbarth und erneut Senatorin Hagen.

Eine Frage des Vorsitzenden zur Erhöhung des Radverkehrsanteils beantwortet Senatorin Hagen und sagt zu, die im Bericht genannte Prozentzahl von 40% zu überprüfen bzw. zu erläutern.

Eine Frage von AM Dr. Lengen zur Zeitplanung der weiteren Umsetzung der Ausbau- und Sanierungsbedarfe beantwortet Senatorin Hagen.

Auf Nachfrage von AM Möller erläutert Senatorin Hagen das Vorgehen der Verwaltung in Bezug auf den Einsatz von Ampelanlagen für die Kreisverkehre.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4.2 Bürgerschaftsauftrag zur Zukunft der Geh- und Radwege in Lübeck
Vorlage: VO/2023/12397

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 4.3 Zukunftskonzept untere Bauaufsicht Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2023/12440

Der Tagesordnungspunkt wurde vor Eintritt in die Tagesordnung vertagt.

zu 5 Beschlussvorlagen

Herr Uhlig stellt den Haushalt anhand einer Präsentation vor, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (35,9 Mio. Euro).

Er weist in dem Zusammenhang auf den interaktiven Haushalt hin, dem die einzelnen Maßnahmen und deren Begründungen entnommen werden können.

AM Dr. Flasbarth fragt, warum es einen starken Rückgang an Investitionen bei den Baumaßnahmen gebe.

Herr Uhlig antwortet, dass das Ausgabenportfolio so geplant werde, dass noch hinzugerechnet werden müsse, was aus den vorangegangenen Jahren übertragen werde. Dies ändere sich nach Stand der jeweiligen Maßnahme.

AM Dr. Lengen erkundigt sich nach der Quote der Investitionsumsetzung.

Herr Uhlig erklärt, dass die Stadt eine Quote von 60% anstrebe.

Der Vorsitzende bittet um eine Liste, in der aufgezeigt werde, was konkret übertragen werden würde.

Herr Uhlig sagt zu, eine solche Liste zu liefern.

Der Vorsitzende bittet weitergehend darum, in der Liste auch aufzuführen, welche Maßnahmen aus dem Haushalt 2023 im Jahr 2023 nicht begonnen wurden

Herr Uhlig sagt zu, auch eine solche Liste zu liefern.

AM Dr. Flasbarth weist erneut auf die gesunkenen Ausgaben für Bau- und sonstige Investitionen hin und fragt, warum die Ausgaben in 2024 sinken würden.

Herr Uhlig antwortet, dass er diese Information nachreichen werde.

AM Pluschkell fragt mit Blick auf die Baumaßnahmen an der Puppenbrücke, ob die Verwaltung mehr Personal benötige oder derartige Maßnahmen durch die Beauftragung von Unternehmen erledigt werden könnten.

Senatorin Hagen führt aus, dass die Verwaltung bereits mit externen Planungsbüros zusammenarbeite, aber die Bauherrenvertretung immer bei der Stadt bleiben müsse und daher immer personelle Kapazitäten durch solche Projekte gebunden würden. Außerdem müssten auch bei externen Unternehmen Kapazitäten vorhanden sein, die genutzt werden könnten, was sich ebenfalls schwieriger gestaltet.

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, ob die Planung bezüglich der Investitionskredite nicht zu optimistisch sei, da für nächstes Jahr mit 71 Mio. Euro geplant werde und in den nächsten Jahren mit 96 Mio. Euro.

Herr Uhlig entgegnet, dass 2023 sehr viele Maßnahmen umgesetzt worden seien, in 2024 aber viele Maßnahmen geplant seien, die erstmal vorbereitet werden müssten, um sie später umzusetzen. Daher seien die Finanzmittel für das nächste Jahr reduziert worden, wohingegen in Folgejahren ein Aufwachsen der Auszahlungen vorgesehen sei.

AM Ramcke weist darauf hin, dass es schwerfalle, die Maßnahmen für Straßensanierungen, Geh- und Radverkehre den einzelnen Produktsachkonten zuzuordnen.

Herr Uhlig erläutert kurz, wie sich die Übersichten zusammensetzen. Er bietet an, die Thematik auch ausführlicher bilateral zu erklären.

AM Ramcke fragt, ob die Politik gefragt werde, ob mehr Ladeinfrastruktur gebaut werden solle, da empfohlen werde, einen Übertrag zu machen, die Gelder sich aber nicht im Beschlussvorschlag anfinden würden.

Herr Uhlig antwortet, dass die Umsetzung laufe, in der Planung des Beschlussvorschlags seien aber nur die neuen Mittel und nicht die alten enthalten, letztere seien daher nicht aufgeführt.

AM Dr. Flasbarth bittet um eine Einschätzung zur Schwartauer Allee und zur Ratzeburger Allee.

Senatorin Hagen verweist auf die Fortschreibung des Masterplan Straßen, die derzeit vorbereitet werde.

AM Ramcke erkundigt sich, ob die zwei zusätzlichen Stellen, unabhängig von deren Besetzung, ausreichen würden, um die Geh- und Radwegprojekte umzusetzen.

Senatorin Hagen führt aus, dass diese Frage nicht pauschal beantwortet werden könne, da sich die umzusetzenden Projekte stark voneinander unterscheiden werden würden, da jeder Straßenabschnitt einzigartig sei.

AM Pluschkell möchte wissen, wie die Anzahl an Ersatzpflanzungen von Straßenbäumen gesteigert werden könne, da jährlich nur ca. 100 Ersatz- und Neupflanzungen geplant seien. Diese Summe müsste gesteigert werden.

Senatorin Hagen erklärt, dass in der Realität deutlich mehr gepflanzt werden würde, die genauen Zahlen werde sie aber nachreichen.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Schulbau (14,9 Mio. Euro):

Er weist nochmals darauf hin, dass die Folien zu den Präsentationen und die Antworten auf die Fragen bis zur Bürgerschaftssitzung den Ausschussmitgliedern zur Verfügung gestellt werden würden.

AM Stolzenberg fragt, ob es eine Übersicht zur Sanierung der Schultoiletten und zu den Kosten der Ganztagsbetreuung gebe.

Senatorin Hagen antwortet, dass die Stellen, die sich darum kümmern mittlerweile voll besetzt seien und es vorgesehen sei, dass die Schultoiletten in einem Turnus von 15 Jahren ersetzt werden würden. Die meisten Anlagen, bei denen ein schwerer Eingriff in die Bausubstanz nötig war, seien auch bereits abgearbeitet, jetzt würden die eher kleineren Maßnahmen umgesetzt werden.

Senatorin Frank ergänzt, dass die Schulentwicklungsplanung für die Grundschulen mit Ausblick auf den Ganztagsbetreuungsanspruch ab 2026 vorgelegt worden sei und der Fachbereich 4 und Fachbereich 5 diesbezüglich im Gespräch wären.

AM Voht verlässt den Sitzungsraum.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hafen (9,8 Mio. Euro):

Es gibt keine Nachfragen.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hochbau (8,1 Mio. Euro):

AM Wisotzki fragt, warum die Kosten der einzelnen Jahre bei den Bauvorhaben, die zu dem Punkt in der Präsentation gezeigt werden würden, so stark voneinander abweichen würden.

Herr Uhlig erläutert, dass üblicherweise mit den Planungsmittel begonnen werde, anschließend folge die Leistungsphase und die bauliche Umsetzung, und sich über den Lauf der Maßnahmen die Kosten steigern würden.

AM Wisotzki erwidert, dass dies aber bei drei Projekten auf der Folie sehr ähnlich sei.

Herr Uhlig entgegnet, dass es sich um verschiedene Projekte handle und diese alle einzeln betrachtet werden müssten. Er sagt aber eine nochmalige interne Prüfung der Zahlen zu.

AM Stüttgen erkundigt sich, ob die angegebenen Summen für das Jahr 2027 auf die Kosten für die folgenden Jahre beinhalten würden, wenn die Maßnahme noch für 2028 und weiter geplant werden würde.

Herr Uhlig bejaht dies und verweist auf die verwaltungsintern weitergehenden Planungsjahre bis hin zu „später“

AM Voht betritt wieder den Sitzungsraum.

AM Stüttgen sagt, dass bei den angegebenen Kostenvolumen die Maßnahmen noch über Jahre laufen würden.

Herr Uhlig betont, dass dies von der jeweiligen Maßnahme und der dazugehörigen Projektplanung abhängig sei. Verwaltungsintern werde darauf geachtet, dass zu jedem Projekt nur die Kosten veranschlagt werden, die in dem jeweiligen Haushaltsjahr abfließen.

AM Wisotzki bitte darum, die Werte auf den Präsentationsfolien zu überprüfen, da im Haushalt teilweise anderen Zahlen enthalten wären. Herr Uhlig sagt dies zu.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehr (7,8 Mio. Euro):

AM Ramcke fragt, warum so viele Fahrzeuge auf einmal gekauft werden würden.

Herr Uhlig erklärt die Hintergründe. Es sei vorteilhaft, gleichartige Fahrzeuge zu kaufen, damit sich die Feuerwehrkräfte nicht im jeweiligen Einsatz noch auf unterschiedliche Fahrzeuge einstellen müssten, bei denen wichtige Gerätschaften an unterschiedlichen Stellen gelagert werden würden. In den letzten Jahren sei es bei den Spezialfahrzeugen pandemiebedingt auch zu Lieferschwierigkeiten gekommen. Weiterhin würde man so bessere Konditionen durch Mengenrabatte aushandeln können. Die Hansestadt Lübeck befinde sich dafür auch mit anderen Behörden in einer Einkaufsgemeinschaft.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Sporthallen, Grün- und Sportflächen (5,1 Mio. Euro):

AM Dr. Flasbarth möchte wissen, warum die Sportanlage Neuhof nicht im Haushalt enthalten sei.

Herr Uhlig antwortet, dass es daran liege, dass es noch keinen genehmigten Förderantrag gebe.

Senatorin Frank verweist auf ihre Erläuterungen in der gestrigen Sitzung des Hauptausschusses. Einige Kosten seien als nicht förderfähig bewertet worden, weswegen die Mindestförderhöhe von 1 Mio. Euro nicht erreicht werden können.

AM Dr. Flasbarth fragt, was mit der Planung zur Sporthalle für den Turnsport geschehe.

Herr Uhlig führt aus, dass noch keine weitere Planungsreife vorläge. Wenn die Planung vorliege, würde dazu den Gremien noch eine konkrete Projektvorlage vorgelegt werden.

AM Simon kritisiert, dass die Turnhalle Kücknitz und die Dreifeldhalle Falkenwiese aufgrund des Personalmangels nicht weiterverfolgt werden würden, obwohl diese seit zwei Jahren immer wieder beschlossen worden seien.

Senatorin Hagen verweist auf die große Anzahl von Projekten, die die Stadt zu bewältigen hätte. Aufgrund der dadurch notwendigen Priorisierung könnten nicht alle Projekte bearbeitet werden.

Auf Nachfrage von AM Simon teilt Senatorin Hagen mit, dass die politischen Gremien hierüber bereits im Frühjahr informiert worden seien.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Erschließungsmaßnahmen (3,5 Mio. Euro):
Es gibt keine Nachfragen.

AM Siegenbrink verlässt die Sitzung.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den ÖPNV (5,6 Mio. Euro):

AM Dr. Flasbarth fragt, welche Maßnahmen zur Busbeschleunigung im Haushalt enthalten seien.

Herr Uhlig erklärt, dass im Haushalt keine Einzelprojekte enthalten seien, Maßnahmen würden aus dem laufenden Budget des Fachbereich 5 umgesetzt werden, bspw. Ampelschaltungen oder Markierungen von Busspuren.

AM Ramcke fragt, ob Investitionssumme für die Lichtsignalanlagen im Haushalt enthalten sei.

Senatorin Hagen antwortet, dass dazu eine separate Vorlage vorgelegt werden solle.

AM Pluschkell weist darauf hin, dass erhebliches für die Busbeschleunigung im Haushalt enthalten sei, wie bspw. die Bahnhofsbrücke, er es aber schön finden würde, wenn diese Maßnahmen extra ausgewiesen seien.

Herr Uhlig antwortet, dass die Verwaltung mit konkreten Maßnahmen auf die politischen Gremien zugehe.

AM Fürter möchte wissen, ob der Investitionszuschuss für die Hybridfähre gerechtfertigt sei. In seiner Eigenschaft als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Lübeck Mobil GmbH erläutert AM Pluschkell die Funktionsweise der Hybridfähre und die Sinnhaftigkeit der Maßnahme.

Herr Uhlig bedankt sich bei den Ausschüssen für die Aufmerksamkeit und das Interesse. Er verweist erneut darauf, dass die Antworten und die Folien den Ausschüssen zur Verfügung gestellt werden würden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Mauritz beantragt für den Bauausschuss, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Der Ausschussvorsitzende Herr Lötsch beantragt für den Hauptausschuss, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben.

Der Hauptausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Beschluss:

1. Der **Haushaltsplan 2024**, bestehend aus

dem Vorbericht
je Produkt dem Teilergebnis- und dem Teilfinanzplan
dem Stellenplan sowie
dem Beteiligungsbericht

Anlage 1
Anlage 2
Anlage 3
Anlage 4

wird beschlossen.

2. Die den Haushaltsanmeldungen zugrundeliegenden Maßnahmen aus den städtischen Budgetübersichten

Anlage 5

werden zur Kenntnis genommen.

3. Ergänzend werden die Durchführungsbestimmungen zur Bewirtschaftung des Haushalts beschlossen. Anlage 6
4. Der Bürgermeister wird ermächtigt, bis zu einem Betrag von 180 Mio. EUR Kassenkredite mit einer Laufzeit über das Haushaltsjahr hinaus aufzunehmen. Die maximale Laufzeit dieser Kassenkredite ist auf das Ende der mittelfristigen Finanzplanung zu begrenzen.
5. Aufgrund der §§ 77ff der Gemeindeordnung für Schleswig-Holstein (GO) wird nach Beschluss der Bürgerschaft vom ... folgende **Haushaltssatzung** erlassen:

§ 1

Der Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2024 wird

1. im Ergebnisplan mit

einem Gesamtbetrag der Erträge auf	1.124.219.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Aufwendungen auf	1.119.743.300	EUR
einen Jahresüberschuss von	4.476.100	EUR
einen Jahresfehlbetrag von		

2. im Finanzplan mit

einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.094.569.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit auf	1.062.302.500	EUR
einem Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	110.468.400	EUR
einem Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit auf	156.639.400	EUR

festgesetzt.

(Stand: 02.08.2023)

§ 2

Es werden festgesetzt:

- | | | | |
|----|--|-------------|-----|
| 1. | der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen | 71.127.700 | EUR |
| 2. | der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf | 48.919.400 | EUR |
| 3. | der Höchstbetrag der Kassenkredite auf | 295.000.000 | EUR |
| 4. | die Gesamtzahl der im Stellenplan ausgewiesenen Stellen auf | 4.241,448 | |

§ 3

Die Hebesätze für die Realsteuern sind wie folgt festgesetzt:

- | | | |
|----|---|-------|
| 1. | Grundsteuer | |
| | a) für die land- und forstwirtschaftlichen Betriebe (Grundsteuer A) | 400 % |
| | b) für die Grundstücke (Grundsteuer B) | 500 % |
| 2. | Gewerbsteuer | 450 % |

§ 4

Der Höchstbetrag für unerhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen sowie Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen, für deren Leistung oder Eingehung der Bürgermeister seine Zustimmung nach § 82 Abs. 1 oder § 84 Abs. 1 GO erteilen kann, beträgt 400.000 EUR. Die Genehmigung der Bürgerschaft gilt in diesen Fällen als erteilt. Der Bürgermeister ist verpflichtet, der Bürgerschaft mindestens halbjährlich über die geleisteten über- und außerplanmäßigen Ausgaben und die über- und außerplanmäßig eingegangenen Verpflichtungen zu berichten.

Mit Ausnahme der Eilentscheidungen des Bürgermeisters nach § 65 Abs. 4 GO ist bei einer beabsichtigten Verwendung von Budgetmitteln als Deckung für Maßnahmen im Zuständigkeitsbereich eines anderen Fachausschusses auch eine vorbereitende Beratung im abgebenden Fachausschuss und im Falle widersprechender Empfehlungen der beteiligten Fachausschüsse das koordinierende Votum des Hauptausschusses einzuholen.

§ 5

Der Gesamtbetrag für max. abzuschließende Zinsderivate wird für das Jahr 2024 auf 50 Mio. EUR festgesetzt.

(Ende des Satzungstextes)

Stellenplan

Der Stellenplan 2023 (4.096,227 Planstellen) wird zu dem Haushaltsjahr 2024 um die sich aus der ergebenden Stellenplanänderungen (Veränderungsliste) ergänzt und in der sich daraus ergebenden Fassung als **Stellenplan für das Haushaltsjahr 2024** festgesetzt: **4.241,448 Planstellen**.

Anlage 3

**Beschlusstext zur Bekanntgabe im öffentlichen Teil:
(nur bei nichtöffentlichen Vorlagen)**

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

Es liegt nichts vor.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils
--

Es liegen keine Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil der Sitzung vor.

Der Vorsitzende bedankt sich bei den Anwesenden und schließt um 18.08 Uhr die Sitzung..

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse
--

Entfällt.

Lübeck, den 15. November 2023

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Antje Luck
Protokollführung